

## Antrag

# 6.13D Überarbeitung der friedenspolitischen Position des BDKJ

Antragsteller\*in: BDKJ DV Essen

### Antragstext

1 Die BDKJ-Hauptversammlung möge beschließen:

2 Der BDKJ verurteilt die völkerrechtswidrige Invasion der Ukraine durch den  
3 russischen Staat. Durch diesen nun eskalierten Konflikt müssen auch wir als  
4 Jugendverbände alte Gewissheiten und Grundsätze auf den Prüfstand stellen. Der  
5 BDKJ ist weiterhin gegen Waffenexporte, insbesondere in Krisenregionen und an  
6 nicht NATO- oder EU-Partner. Jedoch gilt es, die bisher getroffenen Beschlüsse  
7 erneut zu diskutieren und sich der damit einhergehenden friedenspolitischen  
8 Positionen zu vergewissern.

9 Daraus ergeben sich für uns kurzfristig folgende Schlussfolgerungen:

- 10 • Die dilemmabesetzte politische Entscheidung, die Ukraine durch die  
11 Lieferung von (schweren) Waffen zu unterstützen, halten wir im konkreten  
12 Fall für nachvollziehbar und unter den Gegebenheiten für angemessen.
- 13 • Wir fordern die Bundesregierung auf, neben Waffenlieferungen auch weitere  
14 Unterstützung zur Verfügung zu stellen. Dies gilt besonders auch für die  
15 Menschen, die vor dem Krieg fliehen.
- 16 • Wir unterstützen die Forderung, die Sanktionen gegen Russland auszuweiten  
17 und vor allem Schlupflöcher bei der Umsetzung der Sanktionen zu schließen.
- 18 • Der BDKJ Bundesvorstand schafft geeignete Formate um zu prüfen, welche  
19 friedenspolitischen Positionen in welcher Form überarbeitet werden müssen.  
20 Dazu bringt er zur HV 2023 entsprechende Anträge ein.

### Begründung

Die Situation hat sich in den letzten Wochen stetig verändert.

Am 28.4. sprach sich der Bundestag mit großer Mehrheit für die Lieferung von "schweren Waffen" in die Ukraine aus.

Durch die abscheulichen Kriegsverbrechen, die in der Ukraine durch die russischen Invasoren verübt werden, ändert sich auch unsere Perspektive über die Legitimität von Waffenlieferungen. Wir sind uns noch unsicher, was dieser Konflikt mit unserer grundsätzlichen Bewertung dieser Exporte macht, erkennen aber, dass in diesem konkreten Fall die Lieferung mindestens gerechtfertigt sein kann.